

Öffentliche Auftragsvergabe und Geschlechtergleichstellung in den deutschen Bundesländern.

Zusammenfassung:

In Deutschland entfällt ungefähr ein Drittel der Staatsausgaben auf öffentliche Aufträge. Vor dem Hintergrund ihrer immensen ökonomischen Bedeutung hat in den letzten Jahr(zehnt)en die Vergabe öffentlicher Aufträge zunehmend an Bedeutung als Instrument zur Beförderung sozial- und insbesondere auch gleichstellungspolitischer Belange gewonnen. Im Zuge dieser Entwicklung fand in den deutschen Bundesländern eine Verknüpfung von gleichstellungspolitischen Zielsetzung und öffentlicher Auftragsvergabe sowohl im Rahmen von gleichstellungs- als auch in vergabepolitischen Regelungen zu beobachten. Diese sind durch eine bedeutende Heterogenität sowohl innerhalb der einzelnen Regulierungsbereiche (i.e. Gleichstellungs- und Vergabepolitik) als auch zwischen ihnen gekennzeichnet. Der vorliegende Beitrag vergleicht und systematisiert die bestehenden Regelungen. Dabei zeigt er tendenzielle Unterschiede zwischen gleichstellungs- und vergabepolitischen Regelungen auf. So sehen gleichstellungspolitische Regelungen eher allgemeine Bestimmungen oder eine Einbeziehung im Rahmen des Zuschlages vor, während vergaberechtliche Bestimmungen eher eine Integration über zusätzliche Anforderungen, die Unternehmen in der Ausführung des Auftrages einzuhalten haben vorsehen.

Summary:

Public procurement accounts for about one third of total government expenditure in Germany. Against the background of its economic significance, over the past few decades, public procurement has become a tool for promoting social policy goals and gender equality. In Germany, federal states incorporated linkages between equality objectives and public procurement can be observed in two ways, first public procurement has found entry into equality regulation and second, equality considerations have entered public procurement law. The specific regulations are thereby characterized by significant heterogeneity both, within and between the two areas. This article compares and systematizes the existing regulations. In doing so, it points to differences between regulations embedded in public procurement and equality. While mostly, equality policy tends to either provide general provisions or focus on the award criteria, public procurement law tends to rely on contractual obligations that companies must comply with in the execution of the contract.

Dr. E.K. Sarter: Institute for Employment Research, The University of Warwick, Coventry, UK.